

# Denunziant Klinger „dementiert“

## Klingers Versprechen gegenüber Friede / Stennes enthält Hitler und sich selbst als Kapitalistenfeind und Antilohnkämpfer / Scheringer zeigt den Weg

Der führende SA-Führer, Klinger, veröffentlicht im Rastblatt die folgende nichtabgeleitete Erklärung:

Die Dresdener Volkspartei und die Arbeiterstimme, aber auch die Arbeiterstimme nach auch sämtliche sachlichen und außerfachlichen SPD- und KPD-Zeitungen bringen im Febr. 1933 verschiedene Äußerungen, u. a. auch über mich. Ich soll mich einem ehemaligen SA-Führer gegenüber, der jetzt anheimert bei Stennes, hinreichend der Person meines Führers Adolf Hitler gegenüber haben: „Glauben Sie, daß ich dieser Operettenhose aus München noch lange folgen werde?“ Vergleichlich hätte ich in diesem Gespräch über meine obersten Führer die Auskünfte gegeben, die hier wiedergegeben ich für unter meiner Würde halte. Ich erkläre hiermit, alle in der gegnerischen Presse gebrachten Nachrichten, welche mich in Gegensatz zu meinem obersten Führer zu bringen versuchen, als erlogen zu erlögen.

Klinger formuliert abschließend klar. Er erklärt nicht die Äußerung von der Operettenhose für unwahr, sondern „alle in der gegnerischen Presse gebrachten Nachrichten, die ihn in Gegensatz zu Hitler bringen. Eine klare Frage an Klinger: Ist es wahr, daß er dem Oberkammermann Friede, Danzig, versprochen hat, gegen Hitler vorzugehen und mit Stennes zusammenzuziehen? Ja oder nein?

Klinger wird sich hüten, darauf zu antworten. Aber abgeleitet wird er doch werden. Daran ist kein Zweifel.

In eingeweihten Kreisen glaubt man sehr, daß Goebbels über kurz oder lang einen „Erholungsurlaub“ von seiner „Schweden Grippe“ vorziehen will, um seinen Sturz zu bemänteln. Hitler will Gregor Straker mit der Ausführung beauftragen, der sich noch immer in einem Münchener Privat-sanatorium aufhält.

Diese Umkehrung war schon vor Monaten geplant, wurde dann aber wieder fallen gelassen, da Gregor Straker durch seinen Bruder Otto von den „revolutionären Nationalsozialisten“ zu sehr belästert war.

Gregor Straker war in den letzten Wochen nicht untätig. Durch seine Krankheit kam er in die besonders günstige Lage, nicht in der Reichsleitung zu sitzen, sondern sich nach wie vor im Sanatorium aufzuhalten, wo er aus Berlin verschiedene Freunde empfangen und hinter Hitlers Rücken Konferenzen abgehalten hat. Wie wir erfahren, waren auch Rentlow und Söhr bei ihm. Dabei dürften nicht immer Liebesswürdigkeiten über den Duce Hitler gelaufen sein.

Man weiß auch, daß Gregor bis heute noch nicht die Beziehungen zu seinem Bruder Otto abgebrochen hat. Er gehört zu den Reuten, die nur im bewußten Frieden mit Hitler leben. Die Köhm, Schulz, Heines und Göring sollen daher die Sicherung geben, daß er nach der Waise Hitlers tanzt. Persönlich mit Gregor Straker schon lange aus dem Münchener „Sanatorium“, wie er die Zustände um Hitler bezeichnet, heraus. Sein Ziel war immer der Posten in Berlin.

In Stennes' neuem Blatt „Arbeiter, Bauern, Soldaten“ ist zu lesen:

„Die Mitglieder der Partei stehen damit vor der Frage, ob sie sich zu Streikaktionen bereit machen wollen, denen ein streikender Posten im Betriebe des parlamentarischen Systems das Endspiel bedeutet.“

„Als die nationalsozialistische Reichstagsaktion den Antrag einbrachte, daß der Zinsfuß durch Gesetz auf 5 v. H. herabzusetzen sei, wurde es auch den unbefangenen Parteigenossen zum ersten Male klar, daß das alte Programm, welches die „Brochur der Zinstrenkschaft und Abschaffung des Arbeitslosen mühselosen Einkommens“ fordert, jetzt Hitlers größtmögliche Feindschaftsmaßnahme mit Herrn von Stang und anderen keine Gültigkeit mehr besitzt.“

„Von der Deutschen Volkspartei der Herren Stresemann und Curtius konnte nach den Äußerungen des Parteiführers kein trummer Hund mehr ein Stück Brot nehmen. Bis es jenem dann gefiel, Herrn Fried nach Weimar zu dirigieren und mit Hilfe der Schwerindustrie und großkapitalistischen Volkspartei die Kapitalsteuer, diesen Hohn auf jede soziale Gerechtigkeit einzuführen!“

„Und ferner war ein großes Welteren in Wort und Schrift gegen Zentrum und Bayerische Volkspartei, so daß man bei Wendendorfs Behauptungen von den „radikalen Bindungen“ des Herrn Friederichs entsetzt war. Bis sich nach dem 14. September derselbe Herr Friederich persönlich zu Brüning begab und um Koalition bat.“

Daß auch der Polizeihauptmann a. T. Stennes ein Reaktionsär, ein Feind der Arbeiter und des Volkes ist, daß er in Wahrheit ebenso wie Hitler ein Gegner der sozialen und nationalen Befreiung ist, wird bewiesen durch die Bemerkung in seinem Artikel, daß seine Aufgabe darin bestehe, „die Nation vor dem Bolschewismus zu bewahren.“ Daselbst preist auch der Kapitalistenkaiser Hitler.

Der „Freiheitskampf“ teilt mit, daß viele Mitglieder der NSDAP Rundschreiben erhalten haben, in denen SA-Beute ihre Kameraden über die Hitlerpolitik aufklären. Das Rastblatt behauptet, daß diese Rundschreiben aus „kommunistischer Werkstatt“ kommen. Das ist natürlich erlogen. Im übrigen bekommen auch wir wiederholt Briefe von SA-Beuten, die um Aufklärung ersuchen und unterhohlen mit Scheringer sympathisieren. Der Weg Scheringers, das ist der richtige Weg!

gesamte Arbeiterklasse ihr Augenmerk konzentrieren können auf die im Hauptpunkt der Absicht des Staatsapparates stehende kommunistische Partei. Das zu verhindern, betrachten jedoch die „Linken“ als ihre „historische Aufgabe“. Und die ehrlichen SPD-Proletarier, die noch auf sie ihre Hoffnung setzen, verlangen von ihren Führern eine Erklärung für das, was sie noch binden soll an die Partei, die falsche Maßnahmen nicht nur nicht, sondern die sich auch praktisch an die Spitze stellt bei ihrer Durchführung. Die Töne, die diese „linken“ Führer singen, sind entsprechend dem Druck der Mitglieder noch radikal. Zu der Diktaturordnung Brüning, als deren Mitgestalter sie die „keine Metallarbeiter“, Seering, brühet, erklärt die Arbeiterklasse Chemnitzer Volkstimme:

„Die Diktatur des Klassenfeindes ist errichtet. Ihr laßt nur im erbitterten Kampfe bezeugt werden.“

Das sind wahrhaft radikale Worte! Und die radikalen Taten? Wie klein und erbärmlich stehen plötzlich die „linken“ Maulhelden da, wenn die Frage gestellt wird: „Ist es nicht grotesk genug, wenn Seidewitz in einem besonderen Artikel als Antwort auf Gruppen Angriffe einen ganz lauten Dreh machen?“ In seinem einzigen Falle, außer beim Panzerkreuzer, der immerhin nur ein Teil der falschen Maßnahmen der Brüning-Regierung darstellt, die die SPD billigt, in seinem einzigen anderen Falle haben die Keun gemacht, den von ihnen selbst gekennzeichneten Verbrechen der SPD-Fraktion entgegenzutreten. Das ist der Tatbestand. Und Max Seidewitz weiß darauf lediglich zu kommen:

„Die Keun sind dabei von der Auffassung ausgegangen, daß die sich abarbeitete Abstimmung, die in der Öffentlichkeit das größte Interesse fand, die Abstimmung über die Panzerkreuzer war und daß es durchaus genügt, mit der politischen Abstimmung über die Panzerkreuzer den ablehnenden Standpunkt der Keun zu all den anderen bestehenden Dingen und zur Gesamtpolitik der Fraktion und der Regierung Brüning zum Ausdruck zu bringen.“

Seidewitz vergißt natürlich auch zu sagen, was er und seine Leute, außer beim Abstimmen im Parlament, vor allem an außerparlamentarische zum praktischen Kampf gegen die Regierung Brüning getan haben. Er muß das „vergessen“, denn sonst würde er verstehen müssen, daß sie über die kommunistische Partei, die eben diesen notwendigen Kampf aufgenommen hat, tagtäglich in der Presse, in den Betrieben, in Versammlungen Schmutzkübel höchster Deke ausschütten, daß sie praktisch, besonders aber in den entscheidenden Fragen der Abwehr der Lohnrauberei, des Polizeiterrorismus gegen die Arbeiterorganisationen, der Massenmobilisierung gegen die falsche Linien, sich als Vorkämpfer, als Unternehmungskollegen, als echte Reformisten und Sozialisten betätigen. Aber darüber schreibt man nichts, damit wird man sich auf dem Parteitag und in internen Konferenzen legitimieren, wird, wie früher, mit dem Halten der Mitglieder zu proben versuchen — denn das ist eben der Zweck: radikale Abrufen sollen die versetzten Mitglieder weiter an die Partei fesseln. Und das tut Herr Seidewitz so gut es eben geht. Herr Düwels, der jetzt auch als ehemaliger „Linker“ die Panzenkriege gegen Seidewitz richtet, wird von ihm zitiert, und zwar aus der Zeit, als beide gemeinsam manövrierten. Im Oktober 1928 hatte Düwels bei der ersten Panzerkreuzerdebatte in einer Broschüre wörtlich erklärt:

„Was lehrt uns die Unternehmung des Panzerkreuzerreformismus? Es genügt nicht, zu kritisieren und einzelne Personen, so schuldig sie sein mögen, allein mit der Verantwortung zu belasten.“

Nur ein Kurzwort kann das Partei-Mittel wieder als offene Meer heuern, nur eine radikale Umkehrung der politischen Grundbeurteilung kann uns vor den schweren Folgen der Panzerkreuzerüberlegung schützen oder diese Folgen mildern. Die letzte Vertrauensfrage kann nur zu leicht zum Abweichen von Mittelkurs und zum revolutionären Empfinden nach links und rechts führen.“

Seidewitz solidifiziert sich heute mit diesen beschönigenden Worten, die das „Programm“ der „Linken“ umfassen.

Programm? Ja, ein echt sozialdemokratisches papiernes Programm, das aufgestellt wird, um die Massen zu täuschen! Oder ist es keine bewusste Täuschung der SPD-Arbeiter, wenn man ihnen einredet, man könne dieses verächtliche Parteiprogramm zu einem „radikalen Kurswechsel“ zwingen? Die „Linken“, die 1928 ungefähr 30 Abgeordnete zählten, sind heute auf neun zurückgesunken; wer vom Brot des Parteiparades auch nur kurze Zeit ist, in dem muß jedes revolutionäre Können und können erlöschen. Und die Entwicklung und die Praxis der „Linken“ sagt mehr als genug, was dieser „radikale Kurswechsel“ darstellt. Oder hat Herr Seidewitz auch „vergessen“, daß sein Freund Böhler Führer derselben Landtagsfraktion ist, die der Regierung Schied durch die und dünn folgt, und zwar mit derselben „Begründung“ wie die Reichstagsfraktion dem Diktator Brüning? Jawohl, die Gesamtpolitik der gesamten SPD, nicht einzelne Personen allein sind schuld, aber eben gerade diese Gesamtpolitik wird durch die „Linken“ ermöglicht; denn jedesmal, wenn die SPD-Arbeiter den Kampf mit dieser Gesamtpolitik politischen wollen, fallen ihnen diese Betrüger in den Arm und verdrängen sie, heute auf den nächsten Parteitag, manchmal auf die „nächste Gelegenheit“ — aber so hindern sie gerade die bitter notwendige Vernichtung dieser Politik.

Verhindern werden sie sie aber nicht mehr können. Die Massenrebellion der Arbeiter in der SPD läßt sich nicht mehr mit Worten eindämmen. Die Riesenzahl der sich täglich mehrenden Ausstritte beweist, daß diesmal die alte Betrügerart, die den Schlusspunkt und den Hauptinhalt des „linken“ Programmes bildet, die Grenze erreicht hat, wo die Praxis die Thesen täglich widerlegt.

Die kommunistische Partei weiß, daß von ihrer Schlagkraft, von ihrer Arbeit im Tageskampf es abhängt, ob dieser die Geschichte der Arbeiterbewegung entscheidende Prozeß zu bedeuten wird, daß die Kampffront der Massen den Faschismus zu Boden ringen kann, bevor er seine blutigen Wurzeln fruchtbar macht. Aber gegen die Arbeiterklasse eben nur dann können, wenn sie den Klassenkampf der SPD unbegünstigt gebrochen, die „linken“ Betrüger reiflos entlarvt hat und unter Führung der kommunistischen Partei im revolutionären Kampf gegen die falsche Diktatur und gegen die kapitalistische Lohnrauberei den Klassenkampf an der Gurgel packt. Dieser Kampf wird auch das demagogische „Programm“ der „linken“ Steigbügelhalter der SPD in tausend Fetzen reißen.

## Sowjetpraxis

### „Wohnungsbau“ (Wirtschaftsleben) vom 20. März

„Wohnungsbau“ (Wirtschaftsleben) vom 20. März... Die Sowjetunion hat ein riesiges Programm zur Verbesserung des Wohnungsbaus in den Städten beschlossen. In Moskau sollen in diesem Jahr 250 000 Familien, in Leningrad 120 000, im Ural 30 000 und in Kasan 16 000 Familien neue Wohnungen erhalten werden.

## Nazi-Franzen verbietet Schulstreik

### Die kulturfaschistische Front von Nazis über Volkspartei zur SPD

Braunschweig, 11. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Streik an den weltlichen Schulen ist fast reiflos durchgeföhrt. In Braunschweig blieben von 2000 Kindern 200 der Schule fern. In Wolfenbüttel erschienen von 250 nur 15 Kinder zum Unterricht. In Schöningen und anderen Orten streikten 100 Prozent. Naziminister Franzen hat eine Delegation des weltlichen Elternbundes, die sich (natürlich unentgeltlich!) zu ihm begab, gar nicht empfangen, sondern abgewiesen und folgenden Mass erlassen:

„Auf Grund des Gemeindefehlgesetzes wird für die weltlichen Schulen des Freistaates Braunschweig ausdrücklich bestimmt, daß jede Teilnahme der Schulpflichtigen an einem Schulstreik verboten ist. Zuwiderhandlungen sind nach Paragraph 16 des genannten Gesetzes zu ahnden. Die Verantwortlichen der Schuldverbände werden hiermit angewiesen, in jedem Falle der Zuwiderhandlung Strafantrag zu stellen.“

## Wedel schlägt die Reaktion!

Wir veröffentlichen gestern den Brief der KPD-Landtagsfraktion an den Landtagspräsidenten Wedel. In diesem Brief war darauf hingewiesen, daß das Verhalten des sozialdemokratischen Fraktionschefs und der SPD-Fraktion eine Hilfeleistung für die Reaktion bedeutet. Auf diesen Brief hat Wedel gestern an die kommunistische Landtagsfraktion ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Ihr Brief enthält beleidigende Wendungen gegen den Fraktionschef und gegen eine Landtagsfraktion. Ich lehne daher ein Eingehen auf diesen Brief ab.“

Herr Wedel gebietet sich recht wild. Das wird ihm jedoch nichts helfen. Die Arbeiter verstehen die Dinge anders als Herr Wedel. Sie sind nicht so besorgt um die „Ehr“begriffe des Fraktionschefs, für sie geht es um den Kampf gegen die Reaktion, um den neu vorbereiteten Raub an der Erwerbslosenunterstützung usw. Die Arbeiter leben aus dem Brief: Herr Wedel drückt sich um eine politische Antwort und eine politische Stellungnahme. Die Arbeiter begreifen sehr wohl, was Wedels Antwort bedeutet: Freie Bahn für die Reaktion mit Unterstützung der SPD. Dieser Brief ist ein neues Dokument der Verratspolitik der sozialdemokratischen Führer an der Arbeiterklasse, ein besonderes Dokument aber für die Politik der „linken“ SPD-Führer!

Im Auftrage der KPD-Fraktion des Sächsischen Landtages hat Genosse Renner folgenden Antrag eingebracht:

„Als aus Zeitungsberichten hervorgeht, daß der Rat der Stadt Leipzig die Bürgerliste für die Empfänger der Wohlfahrtsleistungen erheblich herabgesetzt. Der Rat begründet seine Maßnahmen damit, daß er dem Reich und Land keine Zuweisungen erhält. Die Maßnahmen des Rates ist auch insofern ungünstig, als der Rat der Stadt Leipzig unter Missachtung des Gesetzes diesen Abbau der Bürgerliste durchführt. Bei der Beratung des Rates im März 1933 wurde ein Antrag angenommen, den Gemeinden 15 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Diese Summe sollte zur Behebung der Notlage der ausgehungerten Erwerbslosen und Bürgerkriegsopfer dienen. Die Begründung des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Goetzdeler zeigt, daß die Gemeinden von dieser Summe nichts erhalten haben. Wir beantragen, der Rat der Stadt solle beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. den Gemeinden sofort die zur Durchführung der Wohlfahrtsleistungen notwendigen Beträge zur Verfügung zu stellen;

insbesondere auch gegen jeden, der ein schulpflichtiges Kind zur Schulverhinderung verleitet.“

Bei Zuwiderhandlungen werden Strafen von 2 Wochen Gefängnis bzw. 100 RM Geldstrafe angedroht und erklärt:

„Die Polizeibehörden sind angewiesen, jeder Störung des Schulbesuches der Kinder mit allem Nachdruck entgegenzutreten.“

Auf dem politischen Aussprachabend der Volkspartei erklärte der Braunschweiger Landesvorsitzende, Brandes, daß die Volkspartei Franzen volles Vertrauen schenke und mit ihm gern zusammenarbeite. Die Volkspartei unterstützt die Nazis in Braunschweig, die SPD unterstützt die in der Brüning-Regierung beteiligte Volkspartei im Reich — so geht die arbeitende und halb falsche Front in der Tat von den Nazis über die Volkspartei und das Zentrum zur SPD!

2. im Bedarfsfälle über den im Antrag festgelegten Betrag von 15 Millionen hinaus weitere Mittel zur Verfügung zu stellen;
3. die Aufhebung der Maßnahme des Rates der Stadt Leipzig als ungesetzlich sofort anzuordnen.

## Das „Verbot“ des Stahlhelms

Wie gemeldet, wurde die Zeitschrift „Der Stahlhelm“ für drei Monate verboten.

Die sozialdemokratische Presse versucht, aus dem „Verbot“ eine große Heldentat des Berliner Polizeipräsidenten zu machen. Man wird das Verbot richtig bemerken, wenn man sich erinnert an das jehntägige „Verbot“ des Stahlhelms im Rheinland und in Westfalen. Das war ein Scheinmannöver, dem wirkliche Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei folgten. Nicht anders soll es nach der Absicht der Brüning-Regierung und ihrer sozialdemokratischen Räte auch jetzt gemacht werden. Das Verbot der Stahlhelms-Zeitschrift (es ist dabei nicht unwahrscheinlich, daß das Reichsgericht das Verbot aufhebt) dient nur der Ablenkung der Werktätigen von den Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und die Kommunisten.

## Wahlrückmeldung bei AGO-Turbine

### Renegat Mehl 100 KPD-Stimmzetteln!

Berlin, 11. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Eine unzeitig freigegebene Wahlrückmeldung der Reformisten und Renegaten ist bei der Vertreterwahl der AGO-Turbine aufgedeckt worden. Während der Auszählung der Stimmen wurde der erst Jahrestrip aus der KPD ausgeschlossene Landtagsabgeordnete König von einem KPD-Kollegen dabei erwischt, wie er einen ganzen Stapel von Stimmzetteln, die für die rote Stahlhelms abgegeben worden waren, in seine Tasche verpackte. Von dem Genossen sofort zur Rede gestellt, gestand er deutlich und schneidend den Diebstahl von 100 Stimmzetteln ein. Unter dem Druck der Tatsache sah sich der reformistische Wahlvorstand, dem auch König angehöre, gezwungen, die Wahl für ungültig zu erklären.